

Bezugpreis
Die Halle monatlich bei zweimaliger
Anstellung 1.50 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
zusätzlich. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
Postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverzeichnis unter
„Soale-Zeitungen“ eingetragen. Für
Anzeigen eingegangene Manuskripte
und keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Soale-Zeitung“ gestattet.
Herausgeber der Schriftleitung Hr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Hr. 1122,
der Bezugs-Abteilung Hr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Soale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe
werd. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1. 0. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1. 0.
Zelle oder deren Raum mit 40 Pf.
breitet 2. in unseren Anzeigen-
Anzeigen. Zeilen die 92 mm
breite Zeile 1.25 Mt. Anzeigen-
Anzeigezeitung vom. 11 Uhr,
für die Sonntags-Abt. abends
4 Uhr. Abbestellungen, wenn zur-
läufig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrif-
teit. u. Haupt-Verlagsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Gr. Braun-
hauke 17. Neben-Verlagsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 476.

Halle, Donnerstag, den 10. Oktober.

1918.

Besprechungen über Wilsons Antwort.

Die wechselvollen Kämpfe im Westen. — Schwere Verluste der Amerikaner und Franzosen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 10. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld zwischen Cambrai und St. Quentin nahmen wir vortreffliche Stellungen ein. Cambrai wurde von uns geräumt. Durch erfolgreiche von Panzerwagen unterstützte Gegenangriffe, die uns am Abend des 8. Oktober südlich von Cambrai wieder in den Besitz von Seranville und der Höhen beiderseits von Cones brachten, haben in erster Linie bayerische und rheinische Regimenter, sowie Truppen der deutschen Jäger-Division die Verluste vom Gegner weitgehend ersetzt. Im Lauf des gestrigen Tages ist der Feind beiderseits der Römertroche in Richtung Le Cateau mit stärkeren Kräften gefolgt. Unsere Vortruppen wiesen seine hier in Verbindung mit Panzerwagen an-
gesetzte Kavallerie ab. Stärkeren Infanterieangriffen wie, an sie schrittweise kämpfend auf ihre neuen Stellungen aus. Am Abend stand der Feind südlich der Linie: Betry-Buigny-Cobain.

In der Champagne wurden feindliche Teilangriffe beiderseits von St. Etienne abgewiesen. Zwischen den Argonnen und dem Rücken von Dornes brach der Amerikaner, am östlichen Mauser in Verbindung mit Franzosen, erneut zu einseitigen Angriffen vor. Am Rand der Argonnen schloßen sie unter schweren Verlusten für den Gegner. Cornay, in das der Feind eindrang, wurde wieder genommen. Der Hauptstoß der zwischen Eire und Maas gerichteten Angriffe war gegen Sommerance und Romagne gerichtet. Beide Orte blieben nach wechselvollem Kämpfen in unserer Hand. Den über Romagne und östlich davon bis Cornay vordringenden Feind warfen bayerische Regimenter wieder zurück.

Auf dem östlichen Mauser folgten wir dem Feind bei und östlich von Sivry ab und nahmen Sivry, das vorübergehend verloren ging, wieder. Nordwestlich und östlich von Beaumont ist der Ansturm des Gegners vor den Linien österreicher Jäger und rheinischer Regimenter gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



Geld, das nicht schafft,
ist tote Kraft;
Geld, das fest ruht,
wird Schuld und Blut.
Zeichne die Neuntel!

Die Versailler Konferenz.

Paris, 10. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Französische Witterungsbedingungen zufolge dauerte die Versailler Konferenz 48 Stunden. Clemenceau, Deland und Balfour vertraten die französische, italienische und englische Regierung.

Die Beratungen in Berlin.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Sachamtlich ist seitdem bereits darauf hingewiesen worden, daß die Erwiderung auf die Antwort des Präsidenten Wilson hinsichtlich Ermüdung erfolgte. Demnach bereits gestern mit der Beratung dieser Erwiderung begonnen wurde, wird es daher kaum vor werden möglich sein, unsere Antwort zu formulieren. Der amtliche Text der Wilsonschen Note hat neben dem bei den Beratungen der Regierung noch nicht vorgelesen. Er ist erst später eingelesen. Er deckt sich übrigens mit dem schon vorher aus Holland übermittelten Text und enthält insbesondere auch im letzten Satz das Wort: „nur“, das der ganzen Frage des Präsidenten Wilson ein so wichtiges und entscheidendes Gespräch gibt.

Der amtliche Text der Wilsonschen Antwort ist wieder durch die Schweiz als deutsche Schutzmacht in Amerika übermittelt worden.

Hierbei sind, wie sich aus den Worten Wilsons ergibt, vor der Aufstellung eines Antwortschreibens gewisse Bedenken durch

die Beratung der politischen Reichsleitung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff zu klären. Das ist in der gestrigen Beratung geschehen, bei der wiederum alle Teilnehmer des losen, Vorkonferenzes, bester geistiger Friedenszustandes, also außer dem Reichsanstalt und dem Reichsanstalt alle Staatssekretäre ohne Vorlesung anwesend waren.

Die eigentlichen Beratungen über die Formulierung der Antwort an Wilson haben heute normiert begonnen und werden vermutlich ein bis zwei Tage in Anspruch nehmen.

Der Reichstag wird voraussichtlich erst Mitte nächster Woche eine Vollziehung abgeben.

Die Auffassungen in Wien.

Wien, 10. Oktober. (Privat.) Zu der Antwort des Präsidenten Wilson mit von unrichtigster diplomatischer Seite erklärt: Im Augenblick ist die österreichische Regierung nicht in der Lage, eine vollständig umfängliche Erläuterung insbesonders bezüglich der Vermögensfragen der Deutschnation zu geben. Es liegt auch keine Verständigung mit Berlin vor. Es werden vielmehr Gegenanschläge zu fassen sein. Man wird nicht durch ein einfaches Ja in einer Angelegenheit antworten können, in der so viele wichtige militärische Vorfragen zu erledigen seien. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Antwort des Präsidenten die Möglichkeit weiterer Beratungen bietet. Österreich nimmt eine wartende Stellung ein. Man müsse abwarten, wie sich Deutschland dazu stellt und welche Antwort Wilson auf die Note Österreichs erteilen wird.

Rücktritt von zwei stellv. Generälen.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Im Zusammenhang mit der letzten von uns angeführten Kabinetts-oder über den Belgienzustand verhandelt, daß die kommandierenden Generale von Bielefeld-Hellwig (Stein) und von Gant (Winkler) von ihren Stellen zurücktreten.

Eine halbamtliche italienische Aeußerung.

Rugano, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Endlich hat auch die italienische Regierung zum Friedensschritt der Mittel- und die Welt erreicht und läßt durch die „Agenzia Stefani“ verlauten, daß die italienische Regierung keine neue angenommen werden, wenn der Feind seine Bedingungen anerkennt werden, die ihnen die Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich machen. Es sei aber zu bemerken, daß sie sich solche Bedingungen annehmen werden. Man müsse daher glauben, daß ihre Voranschläge keinen Erfolg haben werden. Der gerechte Frieden sei nicht, er liege aber nicht unmitelbar bevor. Er würde um so näher rücken, je ruhiger und feiler die Köpfe der Entente blieben. Die parlamentarische Vereinigung hat an alle ihre Mitglieder ein Schreiben gerichtet, das zum Mißtrauen gegen die Feinde auffordert. Auch die großen italienischen Zeitungen haben neuerdings mit aller Kraft das Volk zur Fortsetzung des Krieges auf-

Umschwung in der französischen Presse.

Genf, 10. Oktober. (Privattelegramm.) Die „Frankfurter Zeitung“ wird aus Genf berichtet: Die französische Regierungspresse ist seit gestern mit ihren Aeußerungen zu dem Friedensangebot plötzlich sehr zurückhaltend, man möchte sagen vorsichtiger geworden. „Welt-Parisien“ bemerkt an der Spitze seiner Abendausgabe, daß die Augen der ganzen Welt auf den Präsidenten Wilson gerichtet seien. Man wolle aus sicherer Quelle, daß Wilson seiner Gewohnheit gemäß sich isoliert habe, um über seine Antwort nachzudenken und es sei nicht gewiß, ob er die Bundesgenossen zu Rate ziehe, da die Zentralmächte sich nur an ihn gewandt haben. Das ist vielmehr dem Wunsch nach richtig, aber ohne ihren Inhalt klar geworden ist, nicht abzuwarten, ohne sie den Regierungen in London und Paris vorher unterbreiten zu haben. Weshalb ist, daß die Welcher Zeitungen die eigentliche Besprechung der Friedensfragen wie auf höheren Befehl den mit kritischen Mitteilungen überlassen. Der „Temps“ macht die Bemerkung, daß die gelungene Offensiv die beste Antwort auf den deutschen Friedensantrag darstellt. Die meisten übrigen Militärblätter gehen noch auf die Frage eines Bundesgenossen ein und rechnen mit den militärischen Verbindungen einer Unterbrechung des Feldzuges. Clemenceau hatte gestern früh mehrere Konferenzen im Kriegsministerium, so daß der im Laufe angebotene Kriegstrat verlegt werden mußte. Neudeutliche Personen, mit denen Clemenceau konferierte, wird natürlich keine Mitteilung gemacht. Es handelt sich offenbar um die Oberbefehlshaber der Entente. Das sind alle Anzeichen dafür, daß man im Lager der Entente eines Rates pflegt, das heißt, daß man sich der Verantwortung für die Ablehnung jeder Diskussion bewußt ist.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 2)

Was wollen wir von Wilson?

Viele von uns sind sich nicht darüber klar, daß durch die Ablehnung der Friedensnoten der Mittelmächte an den amerikanischen Präsidenten ein ganz eigenartiges Verhältnis zwischen ihm und uns eingetreten ist, für das es eigentlich in der Geschichte der Kriege und ihrer Beendigung kein Beispiel gibt. Bisherig wird, auch von ganz ernsthaften Leuten, die Sache so aufgefaßt, als hätten wir Herrn Wilson um „Friedensvermittlung“ ersucht. Daraus kann aber im eigentlichen Sinne des Wortes keine Rede sein. Die Vermittlung im völkerrechtlichen Sinne ist immer nur Sache eines Neutralen, der von allen kriegführenden Parteien um seine Zurechtweisung erlöst worden ist. Herr Wilson aber vielmehr die von ihm vertretene Macht ist aber selber Partei, sie befindet sich selber im Krieg mit uns. Wir haben den Präsidenten nach dem vom Reichsanstalt im Reichstag gepronounced Wort „um Herbeiführung des Friedens“ ersucht und ihn gebeten, alle Kriegführenden zur Eröffnung von Friedensverhandlungen einzuladen. Damit haben wir in Würdigung einer unausgesprochenen, aber überall anerkannten Tatsache, die führende Stellung Wilsons im Kreise der uns feindlichen Mächte anerkannt und in seiner Person uns direkt an die Feinde mit dem Antrag um Frieden gemandt. Wir haben aber gleichzeitig erklärt, daß wir die in unserer Note näher bezeichneten Forderungen des Präsidenten als Grundlage für die Friedensverhandlungen annehmen. Damit ist logischerweise die Erwartung ausgesprochen, daß Herr Wilson, wenn er zu seinen Worten steht, keinen Grund finden kann, die in ihm gerichtete Aufforderung abzulehnen.

Was wir demnach vor dem amerikanischen Präsidenten erwarten, ist nicht allein, daß er die mit Amerika verbündeten aber, wie man scharf unterscheidend dort sagt, assoziierten Regierungen veranlaßt, sich mit ihm zur Befreiung unserer Angelegenheiten zu vereinigen, sondern auch das von ihm aufgestellte Programm als Grundlage der Verhandlungen allerorts anzuerkennen. Wir haben mit dieser unserer Stellungnahme ein sehr hartes Vertrauen zu den Gedankenengängen und dem Willen Wilsons ausgesprochen, und was wir von ihm erwarten, das ist, daß er dieses Vertrauen zu uns nicht mehr erwidere. Nur auf dieser Basis allein werden Verhandlungen möglich und werden sie fruchtbringend sein. Wir sehen, soweit uns ein klarer Ueberblick gestattet ist und der wahre Sachverhalt nicht durch eine üble Macht verdunkelt wird, bereits einen großen Teil der feindlichen Vorteile, die in Amerika selbst, am Werke, dieses Vertrauen vorzuziehen zu erschüttern. Man geht dabei von folgenden Gedankenengängen aus: eines der wesentlichsten Merkmale des Staatswesens, dem Wilson in allen seinen Rundgedichten vertreten hat, ist, daß er nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen das deutsche System, das den wahren Volkswillen unterdrückende System, das er als „Autokratie“ und als „Militarismus“ bezeichnet, das ein Gemisch von heiligen gemein ist und dessen Einfluß er die ganze Zeit über unserer bisherigen Kriegspolitik und Kriegführung, namentlich die Aufstellung und Verfolgung der Kriegspolitik, zurückgeführt hat. Der Beweis ist ja nun geliefert, daß das deutsche Volk selbst mit diesem System nicht einverstanden gewesen ist und nicht einverstanden ist, und es sind auch die Garantien geschaffen, daß dieses System, wonach unermantelnde und unkontrollierbare Einflüsse unsere Geschicke bestimmen, nicht wieder zur Herrschaft gelangt. Die Aenderung knüpft sich nicht an die Person des Prinzen Max von Baden; dieser hat vielmehr als der Beauftragte des Volkes und der Mehrheit seiner Vertretung gesprochen, wie der Reichstagspräsident in seiner bemerkenswerten Schlussanrede ausdrücklich festgestellt hat. Die behaupteten Vermutungen eines großen Teiles der Entente, die Umschwung in Deutschland als „Täuschung“ und „Komödie“ hingenommen, haben sich direkt die Person des Präsidenten zum Ziel genommen. Sie werden namentlich unterführt von der französischen und der italienischen Regierung. Beides sind Regierungen, deren Kriegspolitik in ihrem tiefsten Wesen von dem von Wilson vertretenen System abhängig sind. Das Kriegziel Frankreichs ist die Vernichtung der Machtstellung Deutschlands und die Gebietsveränderung das italienische das nackte Landraub, das Kriegziel Wilsons aber etwas ganz anderes: eine wirkliche Neuordnung der politischen Verhältnisse Europas und der Welt ohne Berücksichtigung von Sonderinteressen. Eine Forderung der Friedensverhandlungen also in dem Geiste, dem Wilson namentlich zuletzt in seiner Rede vom 27. September vertritt hat, würde man in Paris und Rom gar nicht gern sehen, und der Gedanke, daß auch dem deutschen Volk schließliche sein Recht werden und sein Anspruch auf freie Entwicklungsmöglichkeiten und Teilnahme an Weltmitbestimmung und Weltverkehr anerkannt werden sollte ist dort als einer der gefährlichsten Punkte für die Friedensverhandlungen durchaus unerwünscht. Daher die Verdächtigung der für jeden klaren Blick unweifelbarsten Bedeutung dessen, was sich im innerpolitischen Leben Deutschlands zugutgetragen.

Was wir von Wilson erhoffen und erwarten, ist, daß er seinen Unabhängigkeitsanspruch und die Unbeeinträchtigung seines

Denken, von der er uns so viele Troben abgeteilt. Solchen Verdunkelungsversuchen gegenüber bewahre. Wir bringen von ihm nichts weiter, als was er als das größte seiner Kriegslüge verknüpft hat: unparteiische Gerechtigkeit. Das Vertrauen in diese Unfindung ist es ja, das uns zu dem nicht alltäglichen Schritt bewegen hat, uns an den führenden Mann im Lager der Feinde selbst mit dem Friedensantrag zu wenden. Wir haben offen funktions, daß wir auch zu Verhandlungen über Punkte des Wilsonschen Programms entschlossen sind, deren Verwirklichung für uns sehr große Opfer bringen kann. Es geht nicht an, daß einzelne deutsche Forderungen das schon so darstellten, als seien einzelne Probleme, etwa die Frage von Elap-Vorfällen oder der von Polen bewohnten deutschen Gebiete, von jeder Unterhandlung ausgeschlossen. Es mag für uns schwer gemein sein, uns einer Lage zu fügen, die eine Erörterung solcher Opfer einschließt, aber wir müssen vor allem ehrlich gegen uns selbst sein wie gegen andere. Wir haben uns zu der Erklärung verstanden, daß die von Wilson aufgestellten Punkte von uns als Grundlage der „Friedensverhandlungen“ (nach halbamtlicher Auslegung nach als Grundlage für den „Frieden“) angenommen werden. Wir haben dies getan, eben in dem Vertrauen, daß die Verhandlung über alle diese Punkte geführt werden soll im Geiste der unparteiischen Gerechtigkeit, nicht in dem Geiste des parteiischen Vernichtungswillens gegen uns, den die Verbündeten Wilsons ihm heute aufzudrängen suchen. Es kann dem Präsidenten nicht an Mitteln und Wegen fehlen, sich zu überzeugen, wo es der Welt ist, der nun in Deutschland das öffentliche Leben wie die Entschlüsse der Regierung beherrscht. Er mußte sich denn überzeugen, daß dieser Geist die besten aller Garantien dafür liefert, daß im Grunde die Harmonie der Gesamtsituation zwischen Amerika und uns erheblich größer ist, als zwischen ihm und manchem seiner Verbündeten, die seine Ideen nur zum Vorwand für die Verwirklichung ihrer Sonderinteressen nehmen. Daß er die Unrichtigkeit unseres Befennnisses zum Widerspruch und unseres Wunsches zum Eintritt in die Gemeinschaft der demokratischen Nationen anerkenne, daß er einsehe, daß das deutsche Volk die Herrschaft des Imperialismus abgelehnt, daß er aber auch die Gerechtigkeit vertrete gegenüber imperialistischen Ansprüchen anderer gegen uns, das ist es, was wir von Wilson wollen. Nicht mehr und nicht weniger, als daß er Wort hält!

Die Unterstufung Bulgariens durch Deutschland.

Der bulgarische Ministerpräsident Maslino hat dem Abfall von den Bundesgenossen jetzt in seiner Rede in der Sobranie noch den Vorwurf ungenügender Unterstützung hinzugefügt. Deutschland ist in seiner Hilfe für die Befreiung der bulgarischen Gebiete viel weiter gegangen, als seine Bundespflichten ihm auferlegten. Allein die deutschen Verluste betragen 1700 Offiziere und etwa 60 000 Soldaten. Davon starben 336 Offiziere und 9500 Soldaten den Heldentod auf den Schlachtfeldern in Serbien, Mazedonien und in der Dobrußa. Was kann Herr Maslino als bulgarische Gegenleistung dafür anführen? Alles, was das bulgarische Heer für seine Ausrüstung außer den Bundesprodukten brauchte, wurde von den Mittelmächten geliefert. Allein die Lieferungen Deutschlands erreichen mit den Kreditvorläufen zusammen die Summe von über 2 Milliarden Mark. Keinen Pfennig davon hat Bulgarien bisher dafür bezahlt. Für 820 Millionen Mark aber für rund eine Milliarde Lera wurde allein bis zum Herbst 1917 Kriegsmaterial geliefert. Diese Summe verleiht sich auf 161 Millionen Mark Beschaffung und Auslösung, 400 Millionen Mark Feldartilleriematerial, 98 Millionen Subartilleriematerial, 161 Mill. verbleibende Lieferungen für Heeresbedarf. Zu diesen Lieferungen für das Heer treten die sonstigen Lieferungen sowie die Kreditvorläufe der deutschen Banken. Die Lieferungen Bulgariens an die Mittelmächte waren dagegen ganz unzureichend. Die Ausfuhr von Getreide und Futtermitteln ist sogar hinter dem Friedensdurchschnitt zurückgeblieben. Den Friedensverträgen waren im Jahre 1912 etwa 12 Prozent der Getreideernten Bulgariens zugeführt worden. In den drei Kriegsjahren 1916/18 dagegen nur etwa 1,6 Prozent der Durchschnittsernte des normalen Jahres 1912. Diese Ausfuhr von Lebensmitteln wurde aber außerdem noch durch die Lieferung von 100 000 Tonnen Lebensmitteln aus den rumänischen Ernten wettgemacht. Wenn Bulgarien mit der Erfüllung und erteilung seiner Ernte nicht den erhofften Erfolg gehabt hat, so lag die Schuld daran nur an den bulgarischen Behörden selbst, die für eine burdgreifende Organisation nicht zu haben waren. Deutschland hat in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung seinem früheren Bundesgenossen ein so außerordentliches Entgegenkommen gezeigt, daß es jetzt nicht auch noch den Vorwurf mangelnder Unterstützung erwarten dürfte.

König Ferdinand in Koburg.

Willkommen im Landtag. Koburg, 8. Oktober. Der Sonderlandtag für das Herzogtum Koburg ist heute hier zur Beratung einer Reihe von Vorlagen zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Präsident Reichstagsabgeordneter Arnold das Wort und führte mit Bezugnahme auf die Anwesenheit des Ex-Königs Ferdinand von Bulgarien u. a. aus:

„Da der König entschlossen war, die Politik des Bündnisses mit den Mittelmächten bis zum Ende fortzusetzen und mit seinen Verbündeten das lokale Einvernehmen bis zum letzten Augenblicke gewahrt hatte, so hat er von jener Politik, die er im Leben lang verteidigt hat, abzuweichen wollen und da er es nicht mehr durchzuführen vermochte, hat seine Person die Konsequenzen aus der veränderten Lage gezogen und hat abgedankt. Dies läßt uns ihn doppelt hochschätzen und verehren, uns zu dem Wunsch verleitend: möge es ihm gelingen, hier in unserer kleinen Heimat Land und Erholung zu finden und das Schöne vergessen zu können. In diesem Sinne beglückwünsche ich ihn aufs herzlichste, denn er war der unsere und bleibt das unsere. Und wie wir ihm einst auf seiner Regie-

rungsanläßlich Bewunderung folgten, so wollen wir ihm jetzt helfen, sein Los zu tragen, bis die dunklen Wolken weichen und besseren, sonnigeren Zeiten für ihn und uns Platz machen.“

Die Besprechungen in Berlin.

Mittwoch abend um 8 Uhr sind der Reichsminister, der Außenminister, die Staatssekretäre und die entscheidenden militärischen Stellen zu einer Sitzung zusammengetreten, um, so weit das auf Grund des Tages möglich ist, über die zu erledigende Antwort an Wilson zu beraten. Die konservative Fraktion des Reichstags hat kein Präsidium beantragt, zur Erleuchtung der Wilson'schen Antwort auf das Friedensangebot vom 5. Oktober sofort eine Vollversammlung des Reichstags anzuberaumen.

Weiterführung des Friedensschrittes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unterm 8. Oktober: Die Antwort des Reichstags auf den Wilson'schen Antrag auf den Vorläufigen Friedensschritt ist bei den höchsten amtlichen Stellen bereits bekannt geworden und wird in Kürze mitgeteilt werden (ist inzwischen erfolgt). Wir haben Grund zu der Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird.

Zudendorff in Berlin.

Berlin, 8. Oktober. (Amstsch.) Der Ex-Generalkommandant General Ludendorff traf aus dem Großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein.

Die Berliner Presse zur Antwort Wilsons.

Berlin, 10. Oktober. Die „Germania“ gläubt der Hoffnung Raum geben zu können, daß die Morgenblätter des Friedens im Anzuge ist. Die Tatsache, daß Wilson das deutsche Friedensangebot ganz anders behandelt als noch vor wenig Wochen das österreichisch-ungarische, gibt ihr zu dieser Auffassung Berechtigung. Wer aus den auswärtigen Zeitungen die öffentliche Meinung oder Stimmungslage in der Union, sowie in England und Frankreich kenne, werde Wilson seine Unzulänglichkeit und Selbstlosigkeit als höches Verdienst anrechnen. Natürlich seien wir noch sehr weit von einer Verständigung. Eins ist sicher, schreibt das Blatt, nämlich, daß dem Deutschen Reich sein Bestehen und unter allen Umständen gewährleistet sein muß und daß jetzt kein Heer ihm hierin die einzige Sicherheit bietet.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ heißt es: Die Antwort auf die erste Frage Wilsons kann schon in der halbamtlichen Mitteilung erblickt werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstages das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlag für den Frieden angenommen haben. In der dritten Frage ist die Antwort in der Rede des Reichstagspräsidenten enthalten. Die Frage des Reichstagspräsidenten enthält. Die Frage des Reichstagspräsidenten enthält. Die Frage des Reichstagspräsidenten enthält.

Die „Augsburger“ sagt: Es ist das erste Mal, daß auf ein Friedensangebot der Mittelmächte eine nicht von vornherein ablehnende Antwort erfolgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, nun etwa optimistisch in die Zukunft zu schauen. Man wird abzuwarten wissen, wie sich die Oberste Heeresleitung dazu stellt. Der „Volks-Anz.“ führt aus, welche ungeheure Verantwortung auf den Männern laie, die dem Wunsch der deutschen Volkvertretung folgend, in die Regierung eingetreten sind.

Der „Vorwärts“ spricht von künftigen Ausichten für den Frieden und hebt hervor, daß das von der Antwort auf die drei Fragen Wilsons unmittelbar die weitere Haltung Wilsons selbst abhängen wird, nicht aber die der mit ihm im Bunde stehenden Entente-Mächte. Die ganze Welt gleiche in diesem Augenblicke einem Gemeindegeld, dem die Sonne freundlichs durchs Fenster blide.

Die „Morgenpost“ sagt: Es sei falsch, von irgend welchen Gewalten zu sprechen, die den Krieg geführt haben in dem Sinne, um in der Welt, daß sie im Gegensatz zum deutschen Volk gekämpft werden sollen.

Der „Berl. Volks-Z.“ sagt: Es muß so klar als möglich werden, daß die alten und die neuen Gewalten bei jedem Schritt völlig einig sind. Mit Benutzung sollte sich aus Verhörungen in konservativen Kreisen der Stunde in ihrer ganzen Bedeutung erkannt werde. Damit erhalte der Friedensschritt der neuen Regierung auch im Ausland ein verlässliches Gewicht.

Die Festigkeit der deutschen Front.

Budapest, 9. Oktober. Major Viktor Szuecs veröffentlicht im „Pester Lloyd“ eine sehr charakteristische Darstellung der Kämpfe an der Westfront, in der es sich hauptsächlich um die deutsche Westfront in nicht zu zerumürben! Eine Siegeshoffnung der Feinde, die sich auf die Annahme stützt, es werde ihnen früher oder später doch beschließen sein, die deutsche Westfront zu durchbrechen und damit endgültig zu bezwingen, ist jedenfalls für absehbare Zeit illusorisch.

Die feindlichen Verluste zwischen Argonnen und Maas.

Berlin, 9. Oktober. Aus Gefangenenausgaben ergibt sich, daß die Verluste der Franzosen in der Champagne und der Argonnen zwischen Argonnen und der Maas ganz außerordentlich hoch sind. Besonders schwer litt die 4. französische Division bei ihrem Angriff am 1. Oktober gegen die Höhen südlich Dury. Das Regiment 147 hatte dabei über 50 Proz. Verluste. Die 3. Kompanie des Jägerbataillons 18 wurde vollständig angegriffen. Am 1. Oktober wurden bei St. Marie a. Wald drei Bataillone des Regiments 38 hintereinander eingekeilt. Sie wurden sämtlich zusammengefaßt. Den Deuten des zuletzt

eingekeilten Bataillons wurde, um sie zum Vorgehen zu bewegen, angedeutet, daß der Graben vor ihnen schon von Franzosen besetzt sei. Als sie den Irrtum erkannten, lieferten sie im wirksamen deutschen Feuer zurück. Am 3. Oktober wurde bei Vincennes eine ganze Kompanie des 9. Kürassier-Regiments zu Fuß gefangen. Die Gefangenen beglückwünschten die Berichte im eigenen Bataillon bei dem Angriff am Vortage auf 50 Proz. Bei dem Angriff auf Montfils erlitten zwei hierbei eingekeilt amerikanische Regimenter Verluste bis zu 75 Proz. Die Neges müßten noch am gleichen Tage abgeführt werden.

Für einen ehrenvollen Frieden.

Bien, 8. Oktober. Im Abgeordnetenhause machte bei Sitzungsbeginn Ministerpräsident Sullard offizielle Mitteilung von der von Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung an den Präsidenten Wilson am 4. 10. gerichteten Friedensnote und knüpfte hieran u. a. folgende Ausführungen: Den analogen Schritt unternehmen das Deutsche und das Osmanische Reich. Dieser neue hochbedeutende Akt stellt sich als eine Konsequenz jener ehrlichen und aufrichtigen Friedensbereitschaft dar, von der die Monarchie, von dem Grundgedanken des Verteidigungsstranges ausgehend, stets befehle war und dem sie in Gemeinschaft mit ihren treuesten Verbündeten wiederholt Ausdruck gegeben hat. Die Antwort der Gegner, die in Mißachtung unserer Bestrebungen entgegenkommen, rüchdlosen Vernichtungspläne enthalten würde, hätte auf der Seite der verbündeten Mächte mit der unbedingten Entschlossenheit zu kämpfen, die Freiheit und Selbstbestimmung gemeinsam bis zum Äußersten zu verteidigen. In diesem wohlgefaßten Augenblicke dürfen wir aber doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß der gesamten Menschheit solche würdige Entscheidung erspart bleibe, und daß sie aus der Zeit unglücklichen Leidens durch das Tor der Versöhnung, das wir weit aufgemacht haben, in eine schönere Zukunft hinführen werden wird. (Beifall.)

Präsident Dr. Graf erklärte, daß die Stellung der Parteien zur Friedensfrage wie immer sei, sie werden sich begeben in der Genugtuung darüber, daß wir endlich dem Frieden entgegengehen. Daß dieser Friede nur ein gerechter und ehrenvoller sein kann, dafür bürgen die Bestimmungen der verbündeten Völker, da für die Bürgen die allgemeine Kriegslage. Die Behandlung der Frage des Einflusses des Friedens auf unsere inneren politischen Verhältnisse sowie auf unsere Wirtschaftslage wäre heute verfrüht.

Vor Änderungen in der österreichischen Regierung?

Bien, 9. Oktober. Die Mehrzahl der Blätter verzeichnet ohne Kommentar die gellen in parlamentarischen Kreisen neuerdings aufgetretenen Gerüchte von einer bevorstehenden Veränderung in der Regierung. Es wurde von der Prüfung eines Friedensabkommens und eines Völkerbundsmittlerums gesprochen, wobei wiederum Lammasch als Chef bezeichnet genannt wurde. Vielesicht werden die nächsten künftigen Wochen die Beratungen der Delegationen schließliche Anfang nächster Woche beginnen. Aurlan wird Dienstag ein Experte über die äußere Politik im ungarischen, Mittwoch im österreichischen Ausschuss halten.

Tagebefehl des Generals Diaz.

Rom, 9. Oktober. Der „Tempo“ veröffentlicht einen Tagesbefehl des Generals Diaz an die Armee, worin u. a. folgende der Feind unter Land besetzt hält und unser Leiden das Volk bedrückt, das mit Jura keine Befreiung erwartet.

Rücktritt des polnischen Premierministers.

Warschau, 9. Oktober. Ruchajewski richtete, wie das Preßureau beim Ministerium mitteilt, ein Schreiben an den Reichstag, in dem er um sofortige Enthebung von der Stellung des Premierministers und um gleichzeitige Enthebung von dem Auftrage, ein neues Kabinett zu bilden, bittet. Ruchajewski fügt hinzu, daß sein Entschluß unwiderruflich sei.

Deutsches Reich.

Beworbenender Rücktritt des Statthalters der Reichslande?

Strasburg, 9. Oktober. Die in der Reichstagsrede erfolgte Antündigung der Verleihung der vollen Autonomie an Elsaß-Lothringen macht den bevorstehenden Rücktritt des Statthalters von Dalkwitz mehr als möglich. Der Feind unter Land besetzt hält und unser Leiden das Volk bedrückt, das mit Jura keine Befreiung erwartet.

Parlamentarier als Unterstaatssekretäre.

Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Entsendung weiterer Parlamentarier als Unterstaatssekretäre in die Regierung, die als sicher angenommen werden darf, wird erst nach einiger Zeit erfolgen, da kein Grund vorliegt, diesen weiteren Ausbau der neuen Regierung und des neuen Systems zu überleben. Daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David für das Auswärtige Amt und der fortschrittliche Abgeordnete Konrad Haubmann für die Reichsanleihe in Aussicht genommen ist, ist nach unserer Information richtig, doch können sich wohl bis zur endgültigen Regelung noch Veränderungen ergeben. Der Rücktritt des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts, v. Berg, beschäftigt sich.

Ausland.

Spanische Ministerkrise.

Madrid, 9. Oktober. Die Ministerkrise ist beendet. Laut amtlicher Mitteilung bleiben alle Minister, abgesehen von dem Unterstaatsminister des Innern, im Amte. Dazu übereinstimmend neben dem Unterstaatsminister des Innern, Graf Romanones das Unterstaatsministerium. Der Kriegsminister, der Marine- und der Vermögensminister sind nach San Sebastian abgereist, um morgen an dem Ministerium unter Vorsitz des Königs teilzunehmen.